

13-Umsetzung-Rudolph

Webel:

In den Gesprächen, die gestern nachdem wir auseinander gegangen sind, noch im Flur bei der Ausstellungseröffnung eine Rolle spielten einerseits, andererseits aber auch heute morgen, da kam die Frage dann doch sehr massiv: Wie kann denn dieses Modell eines Landkreises – meinetwegen für eine Stadt wie Berlin oder konkret hier Halle – aussehen. Wir haben mittlerweile zwei Landtagsabgeordnete im Saal. Wir haben eine Anfrage, wie ich gehört habe, an die Stadtverordnetenversammlung. In Halle gibt es nun die Überlegungen und die Spannung, wie dieses Modell übertragen werden kann. Wir haben die Fragen, die wir als Ausgang gestern formuliert haben. Es ist jetzt, denke ich, ein spannender Moment, nachdem wir den weiten Weg von der Begleitforschung bis zu dieser Praxis im Familienrecht in Cochem/Zell, wie wir dieses auch anderswo umsetzen können. Jürgen Rudolph wird uns dazu seine Erfahrungen mitteilen.

Rudolph:

Schönen guten Morgen.

Ich sage Ihnen vorweg. Genau weiß ich das auch nicht, wie man das übertragen kann. Aber ich will mit Ihnen in einem Gespräch – nicht im Rahmen eines Referates – mit Ihnen darüber reden.

Das Wort „Modell“ kommt gar nicht von uns. Wir haben versucht, uns dagegen zu wehren. Die Arbeitsform, die wir gefunden haben und die Art und Weise der Vernetzung und der Umsetzung dieses Projektes als „Modell“ zu bezeichnen, weil wir uns erstens nicht sicher sind, ob es überhaupt Modellcharakter hat und zweitens es keine bestimmte Struktur ist, die jetzt überall übergestülpt werden kann. Das ist eine offene Struktur. Ich hatte gestern schon mal angedeutet: Das ist ein Prozess, in dem wir arbeiten und das wird immer ein Prozess bleiben. Das ist eine offene Form der Arbeit, die sich vielleicht in zwei, drei Jahren mit all den Erfahrungen, die wir mit dieser Methode gewonnen haben, vielleicht auch wieder ändert und in eine ganz andere Richtung gehen kann. Das wollen wir auch, dass es ein Prozess ist. Mir ist sehr oft gesagt worden in den letzten Jahren, dass was ihr macht, geht nur im Bereich der ländlichen Struktur, in der ihr arbeitet. Das ist in München nicht möglich und das ist in Frankfurt nicht möglich, in Berlin und Hamburg auch nicht, selbst in Städten mittlerer Art und Größe.

Ich halte eines für ganz wichtig. Das ist wirklich eine ganz, ganz wichtige Voraussetzung. Außerdem wurde mir gesagt, ihr habt ja wirklich eine ganz besonders günstige personelle Konstellation gefunden. Das mag sein, ich bin mir nicht ganz sicher, ob das so ist. Wir machen das seit zehn Jahren und wir haben im Übrigen unsere Frustrationen und Resignationen erlebt, die fast bis ans Aufgeben gereicht haben. Wenn man das will – und wir wollten das – dann funktioniert es, das steht fest. Das ist keine Utopie, kein Wunschenken, keine Illusion, sondern das ist ein Fakt, eine Erfahrung, die wir gemacht haben. Wenn man so arbeiten will, dann funktioniert es. Diese Struktur erfährt einige Erleichterungen, die das begünstigen z.B., dort wo wir arbeiten, ist die Beratungsstelle nur wenige hundert Meter entfernt, das Jugendamt auch, die Anwälte, die mitarbeiten kommen aus einem Umkreis, wenn man Koblenz und Trier mit einbezieht, zwischen 50 und 100 km.

Aber wir haben uns sehr oft auch gefragt, wie können wir das machen in den Großstädten. Kollegen und Kolleginnen. Richterinnen und Richter aus Koblenz und aus Trier und aus anderen Städten haben angefragt, wie können wir das z. B. in Koblenz oder auch in Ballungsgebieten umsetzen? Wir sind dann eingeladen worden und herumgefahren in fast allen Bereichen des Landes Rheinland-Pfalz. Eines Tages bin ich in Ludwigshafen gelandet. Ludwigshafen ist Bestandteil eines Ballungsgebietes, zu dem auch Mannheim auf der anderen Rheinseite – der Rhein stellt gleichzeitig auch noch eine Ländergrenze dar – und auch Heidelberg gehört.

Dort habe ich etwas erfahren, das mich auf der einen Seite gewundert und auf der anderen Seite sehr gefreut hat. Die haben gesagt, unser Arbeitskreis ist zu groß. Wir sind 30, 35, 40 Leute, wenn wir uns treffen. Wir sind zu groß und das behindert uns. Wir haben überlegt und diskutiert und haben gesagt, wahrscheinlich bildet man Untergruppen, man teilt es auf in Zellen, die dann zusammenarbeiten, aber sich untereinander wieder vernetzen und das austauschen. In Ballungsgebieten wird es so sein: Wenn die Familiengerichte mit einer relativ großen Anzahl von Richterinnen und Richtern besetzt sind, dass alle diese gewonnen werden müssen. Wir haben das in Koblenz erlebt. Konstituiert sich so ein Arbeitskreis, versucht sich am Leben zu erhalten. Von den mehreren Richterinnen und Richtern, die dort arbeiten, ist nur einer sehr engagiert und unterstützt das. Das hat eine Kettenwirkung: Wenn die sich treffen, kommen nicht alle Anwälte beispielsweise. Wenn aber die Richterschaft das geschlossen macht, dann werden sie kommen.

Es ist das, was ich gestern angesprochen habe. Wir sind im Augenblick bestrebt, eine Plattform zu finden, die in irgendeiner Form von rechtlichen, vielleicht sogar gesetzlichen Vorgaben, diese Form der Arbeitsweise vorhält. Wir haben in den letzten Monaten sehr positive Erfahrungen gemacht. Indem die Politik jetzt aufgesprungen ist – es geht sogar so weit, das versucht wird, uns zu vereinnahmen, zu sagen, das habt ihr gut gemacht, das machen wir jetzt weiter, ihr macht das prima und man hat uns auf die Schulter geklopft, das ist eine ganz tolle Geschichte, aber jetzt sind wir dran. Das wollen wir nicht, weil wir befürchten, wenn das übernommen wird, dass möglicherweise die Richtung wieder geändert wird, weil wir auch Ideologien festgestellt haben, die teilweise hinter der Familienpolitik stehen, bis in die höchste Rechtsprechung, sie wissen das.

Vor einigen Tagen konnten wir miterleben, dass das Bundesverfassungsgericht eine Jahrzehnte alte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes aufgehoben hat, die bisher immer gesagt hat, man muss das Steuersplitting in der neuen Ehe weitergeben. Das Steuersplitting – ich gebrauche mal diesen Ausdruck der funktionierenden, der bestehenden Ehe - weitergeben an die nicht bestehende Ehe. Eigentlich weiß jeder, dass das verfassungswidrig ist. Trotzdem macht es das oberste Bundesgericht jahrzehntelang und es muss erst das Bundesverfassungsgericht diese Rechtsprechung wieder aufheben.

Solche Situationen haben wir in allen Belangen. Wir müssen sehen, dass wir diesen Prozess wahrscheinlich von unten aufbauen müssen. Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen aus den größeren Städten darüber gesprochen und stelle mir das so vor, dass es ein so genanntes Schneeballsystem ist. Das heißt, in den Großstädten wird es so sein, dass sich dort ein Kern bildet, der dort anfängt zu arbeiten und über diesen Kern hinaus diese Information weitergegeben wird.

Das Ganze kann aber nur gelingen, davon sind wir mittlerweile überzeugt und davon haben wir auch in Rheinland-Pfalz und vielleicht jetzt auch schon auf Bundesebene die politische Klasse informiert und teilweise auch überzeugen können, dass es ein Angebot geben muss, so zu arbeiten, nicht eine Verpflichtung. Man kann Organe, die verpflichtet sind, unabhängig zu arbeiten, die auch geschützt sind in ihrer Unabhängigkeit, wie die Anwälte und in einem bestimmten Umfang auch die Beratungsstellen und natürlich auch die Gerichte, nicht verpflichten und gängeln, so zu arbeiten. Aber wenn man diese Form der Arbeit als Angebot vorhält, dann gerät es ins Bewusstsein, - Aha, das gibt es und wir können so arbeiten – und wenn es sich herumspricht, dort gibt es eine Form, die so arbeitet und dort gibt es eine Form, die so arbeitet, dann gibt es einen so genannten Herdentrieb und dem schließt man sich an.

Ich habe in den letzten 15 Jahren mit großem Interesse verfolgt wie das z.B. in der Arbeitsgerichtsrechtsprechung passiert ist. Dort gibt es in der Arbeitsgerichtsordnung die Verpflichtung für die Richterinnen und Richter der Kammern in der ersten Instanz vor jeder streitigen Verhandlung einen Güetermin vorzuschalten. Das ist eine gesetzliche Verpflichtung, dem können sich die Richterinnen und Richter nicht entziehen. Einige Richterinnen und Richter sind angefangen und haben das gemacht, haben aber nur den Güetermin angesetzt, nicht den strei-

tigen Termin. Sie haben den Parteien signalisiert, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, wir machen jetzt einen Gütetermin, sollten wir keine Einigung bekommen, können wir leider erst nach fünf Monaten einen streitigen Termin machen. Es hat eine unglaubliche Auseinandersetzung gegeben, bis hin zur Verfassungswidrigkeit einer solchen Verfahrensweise, weil argumentiert wurde, der Rechtsschutz wird der Gesellschaft und den Bürgern nicht mehr gewährt. Die haben das aber gemacht. Das sind zehn, fünfzehn Richterinnen und Richter von tausend Arbeitsrichtern, die es gibt, die sind so angefangen zu arbeiten. Dann haben plötzlich die Parteien unter dem Druck gestanden und haben gesagt, also wenn wir jetzt keine Einigung hinkriegen, dann hängt uns das Ding noch fünf Monate nach, dann haben wir erst einen streitigen Termin und dann wissen wir noch nicht wie das ausgeht und es geht vielleicht durch die Instanzen. Kurz und gut, die Regelungsquote ist z. Z. bei 70%, die Einigungsquote bei den Arbeitsgerichten, unter diesem Druck unter dem die Beteiligten stehen.

Das ist etwas Ähnliches wie wir es auch in unserem Gerichtsbezirk handhaben, wie ich versucht habe gestern darzustellen. Wir zwingen die Parteien nicht, aber wir üben einen Druck aus, diesen Weg zu gehen. Die Parteien können sich diesem Weg nicht entziehen und stimmen irgendwann zu, widerwillig. Wir haben dann selber festgestellt, dass aus dieser Widerwilligkeit eine Zustimmung, eine reine Freiwilligkeit folgte. So ist das vorstellbar, wenn das als Angebot vorgegeben wird, so zu arbeiten.

Vor vier Wochen war ich, – Herr Proksch übrigens auch, wir haben und dort getroffen, ohne voneinander zu wissen, - in Berlin auf Einladung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die die Kindschaftsrechtsreform noch als eine ihrer letzten Aktionen in der ausgehenden Kohl-Ägide zum 1.7.1998 auf die Reise geschickt hat. Dieses Werk wurde als Konsenzwerk von allen im Bundestag vertretenen Fraktionen auf die Reise geschickt und war von einer gewissen Gruppe von Abgeordneten aus CDU, SPD, Grünen, FDP zusammen verabschiedet worden. Es war keine Konfliktstrategie vorher gefahren worden. Es ist nicht von einer Mehrheit gegen eine Minderheit im Bundestag durchgesetzt worden, sondern es war von einer Gruppe von Parlamentariern, die sich über die Fraktionsgrenzen hinweg zusammengesetzt haben, ausgearbeitet worden. Es ist dann mit den Stimmen sämtlicher Mitglieder des Bundestages verabschiedet worden. Weil es noch unter der Kohl-Ägide gewesen war, wollten die Abgeordneten aus der CDU/CSU-Fraktion wissen, was ist eigentlich aus unserem Werk geworden? Sie haben ein Expertengespräch Ende September angesetzt und haben dazu die Mitglieder von zwei Berufsverbänden, die Eltern vertreten, eingeladen und drei Sachverständige, darunter auch Herrn Proksch und mich. Die waren völlig überrascht, - Herr Proksch und ich hatten vorher auch kein Konzept ausgearbeitet und wir haben festgestellt, dass wir die gleichen Erfahrungen gemacht und die gleichen Ergebnisse bekommen haben, - die waren völlig überrascht und erfreut, was daraus geworden ist und haben gesagt, das nehmen wir zum Anlass, wir setzen uns mit den Abgeordneten der anderen Fraktionen zusammen und versuchen noch einmal ein interfraktionelles Paket zu entwickeln, indem wir in irgendeiner Form und Art und Weise das als Angebot vorhalten.

Das was wir machen ist etwas ganz Alltägliches. Ich höre oft, das ist etwas Revolutionäres. Das ist es nicht. Es ist eigentlich etwas ganz Selbstverständliches. Es ist etwas ganz Alltägliches, dass sich Menschen zusammensetzen, ihre Erfahrungen austauschen, Ihre Ressourcen einbringen und sich fragen, was können wir damit machen? Etwas ganz Stinknormales. Es ist aber eine Frage des Bewusstseins. Es geht darum, dieses Bewusstsein, diese Form der Arbeit als Selbstverständlichkeit rüberzubringen an alle Professionen, nicht nur an die Richter und Richterinnen, die oft als die Gewalttätigsten empfunden werden, weil sie die Entscheidungsmacht haben. Aber sie sind beeinflussbar durch die anderen Professionen, die Sachverständigen, die Jugendämter, durch die Beratungsstellen, ganz besonders auch durch die Anwälte. Wenn diese Form vorgehalten wird, nicht als Verpflichtung, nur als Angebot, dann gibt es sie schon mal, dann existiert sie und gerät auf dieser Schiene auch in das Bewusstsein der beteiligten Professionen.

Das einzige Glaubensbekenntnis, dass ich habe, alles andere, was ich gestern gesagt habe, war die Mitteilung von Fakten und Erfahrungen, die wir gemacht haben, aber davon bin ich überzeugt: Wenn es einmal vorgehalten wird in irgendeiner rechtlichen Konstruktion, dann wird es, wie ich eben geschildert habe im arbeitsgerichtlichen Verfahren, eine ständige Praxis werden. Die machen es dann einfach so. Bei den meisten Menschen, - in Deutschland ist das besonders gang und gebe, wenn irgendetwas durch den Herdentrieb gefördert wird, dann machen halt alle mit. Das hat etwas Negatives an sich, mag aber in diesem Fall positiv sein.

Das wird in den Ballungsgebieten anders aussehen als in ländlich strukturierten Gegenden. Ganz wichtig, das wiederhole ich noch einmal, es ist kein Modell, das ist ein Prozess, den wir machen, ein offener Prozess. Das kann in der einen Gruppe so, in der anderen so aussehen. Wir haben am 9. Oktober in Cochem, gestern wurde es schon ein paar Mal erwähnt, alle bestehenden Arbeitskreise, alle nicht bestehenden, alle in der Gründung begriffenen eingeladen, eine Landeskonzferenz einzurichten, die so eine Art betreuenden, beschützenden, informierenden und unterstützenden Charakter hat, um in dieser Form zu arbeiten. Aus den gesamten Regionen des gesamten Landes, es war eine erfreulich hohe Resonanz und eine erfreulich hohe Akzeptanz festzustellen, nicht uneingeschränkt, aber sehr hoch. Es war zu sehen, dass die Arbeitsformen unterschiedlich sein müssen, dass man in Städten wie Kaiserslautern, in Ludwigshafen, in Mainz anders arbeiten müssen, als das in ländlich strukturierten Gegenden wie beispielsweise auch in Cochem der Fall ist.

Eine Voraussetzung ist, man muss das wollen. Es funktioniert dann, wenn man es will, funktioniert es. Diesen Willen kann man, - wie ich es gerade dargestellt habe, - dadurch motivieren und unterstützen, indem man die rechtlichen Vorgaben schafft, das vorhält und sagt, das gibt es. Konkret kann das so aussehen, dass z. B. die Fachanwaltsordnung für Rechtsanwälte dahin gehend ergänzt wird, dass die Fachanwälte für Familienrecht verpflichtet werden, den Nachweis zu erbringen, zur Aufrechterhaltung ihrer qualifizierenden Bezeichnung „Fachanwalt für Familienrecht“, an einer solchen Arbeit teilgenommen zu haben oder mitzuwirken.

Es wird ganz konkret diskutiert über Formulierungsvorschläge, wie das ins Gesetz eingebracht werden kann. Die Anwälte sind ja verpflichtet, um ihre Fachbezeichnung aufrecht zu erhalten, in jedem Jahr so und so viel Unterrichtsformen und Ausbildungsformen nachzuweisen. Das wir in dem Angebot der Möglichkeiten, dass ihnen dazu dient, ihre Bezeichnung aufrecht zu erhalten, wir eben anbieten, dazu genügt auch die nachgewiesene und zu dokumentierende Mitwirkung in einer solchen Arbeitsform.

In Großstädten wird es so sein, weil auch der Grad der Anonymität viel größer ist als das in überschaubaren Situationen in ländlichen Strukturen der Fall ist, dass eine Gruppe wird anfangen müssen, so zu arbeiten und dass man diese Information weitergibt, sich das dann in Form eines Prozesses weiterentwickelt und dann eines Tages, genau so wie ich es im Arbeitsrecht erlebt habe, zum Standard wird. Das wird in jeder Region anders sein. Die Form zusammen zu arbeiten wird anders sein. Ich habe gerade einmal erwähnt, dass mir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer solchen Konstellation mitgeteilt haben, - in Ludwigshafen oder auch in Trier, - wir sind zu groß, wir schaffen das gar nicht. Andere haben mir mitgeteilt, wir kriegen die Anwälte nicht hinein. Ich bin, - das ist schon sehr viele Jahre her, - in Trier gewesen, auf Einladung einer dortigen Initiative, die versucht, so zu arbeiten. Ich war sehr angenehm überrascht, es waren über fünfzig Vertreterinnen und Vertreter fast aller Professionen, aber es waren keine einzige Anwältin und kein einziger Anwalt dabei. Ich bin zwei Stunden lang gelöchert worden, warum habt ihr die Anwälte, warum haben wir die Anwälte nicht. Ich habe es nicht gewusst. Diese Veranstaltung begann um 13.30 Uhr und um 16.00 Uhr standen 75% der Teilnehmer auf, schauten auf die Uhr, packten ihre Griffel und gingen nach Hause. Aus den ursprünglich 50 Teilnehmern und Teilnehmerinnen verblieben vielleicht noch fünfzehn oder zwölf. Wir haben weiter diskutiert, wie kriegen wir die Anwälte hinein. Danach habe ich mich in den Zug gesetzt in Trier und bin nach Hause gefahren. Plötzlich ist mir eingefallen – wir hatten am nächsten Tag unsere eigene Arbeitskreissitzung, aber wir begannen

erst um 18.00 Uhr und alle Anwälte waren da, die haben am Nachmittag die Mandantschaft in der Praxis sitzen. Die können nicht kommen, die wollen kommen, aber die können nicht kommen. Das heißt, wir müssen ganz anders denken. Wenn wir so arbeiten, wie wir arbeiten, das geht nur abends. Das ist aber keine Mehrarbeit. Am nächsten Tag zahlt sich das in den Ergebnissen, die wir wieder finden, aus. Am nächsten Tag habe ich mich ans Telefon gesetzt und nach Trier telefoniert und gesagt, jetzt weiß ich, warum ihr die Anwälte nicht habt: Ihr tagt zur falschen Zeit. Da hat mir die Leiterin des Jugendamtes in Trier gesagt, wenn wir um 18.00 tagen, dann kommen meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Jugendamt nicht. Also gut, okay, versucht es mal mit den Anwälten. – Ich stelle das mal so dar, was alles die Krummbeinigkeiten des Alltags sind, die man mit einbeziehen muss, um dann eine solche Arbeitsform zu finden. – Andere haben gesagt, ist das so eine Art Stammtisch, die ihr macht? Wir haben von eurem Stammtisch gehört. Was mich dazu verleitet hat, Herrn Lengowski zu bitten, können wir mal eine Veranstaltung im Rieslingkeller der Kreisverwaltung machen? Vielleicht kriegen wir, das auch noch als Motivation, noch einige Interessenten dazu. Herr Lengowski hat das auch gemacht. Er hat nur vergessen, dass zum Rieslingkeller auch Riesling gehört und wir haben dann bei Gerolsteiner und Dornder Sprudel, - was wir ja auch machen wollten, - unsere Arbeit dort fortgesetzt. Aber sie hat dann halt im Rieslingkeller stattgefunden. Es ist so attraktiv, es muss kein Stammtisch sein, es ist halt eine Form der Arbeit.

Es wird sicherlich, um es zusammen fassend zu sagen, so sein, dass in den Ballungsgebieten der Prozess länger dauert. Ich habe aber auf Grund der sehr vielen Einladungen von Gruppen, die sich dafür interessieren und die das umsetzen wollen, gesehen, dass es ein unglaublich großes Bedürfnis gibt unter den Professionen, so zu arbeiten. Das Problem ist, alle dort mit einzubeziehen. Es müssen wirklich alle mitarbeiten. Es müssen in einem Bezirk alle Richterinnen und Richter mitarbeiten. Das übt auch eine Motivationswirkung auf die Anwälte aus. Es ist so, in diesem Fall vielleicht ein positives Symptom, Deutsche sind sehr autoritätsbezogen. Das ist keine Floskel, das ist so. Wenn die Richterschaft eines Gerichts das geschlossen veranstaltet, da kommen alle Anwälte. Ich habe das erlebt.

Mich hat ein Kollege, ein Familienrichter aus Sinzig am Rhein, gebeten, ihn zu unterstützen bei der Einrichtung einer solchen Arbeitsweise. Er hat sich mit seinem Kollegen aus Bad Neuenahr/Ahrweiler, beides liegt im selben Landkreis, grenzt an Bonn, zusammen getan. Diese beiden Richter haben eine Einladung geschickt an alle Anwälte, - es waren fast vierzig Anwälte in diesem Bezirk, - zu einer Veranstaltung zu kommen. Sie haben einen unserer Anwälte auch Cochem und mich gebeten dazu zu kommen. Von allen vierzig Anwälten sind alle gekommen! Das heißt, es wollte sich keiner nachsagen lassen, er sei nicht dabei gewesen. Einer von den Rechtsanwältinnen aus Cochem hat dort über diese Arbeitsform referiert und das hat die überzeugt. Wenn ich das referiert hätte, das hätte nicht überzeugt. Aber das ein Anwalt den anderen mitteilt und sagt, Leute, das ist eine ganz klasse Geschichte, ich gebe die hier beim Familiengericht ab und dann habe meine Ruhe und hinterher sagen die Parteien zu mir, du warst aber ein klasse Anwalt, ich habe aber einen guten Anwalt, wir haben eine Lösung gefunden. So haben die das transportiert und so ist das weiter gegangen, ist dort auf eine sehr große Resonanz gestoßen.

In Cochem war das am Anfang so gewesen, dass ich an den Sitzungstagen zu den Anwältinnen und Anwälten gesagt habe: „Ich kann ihren Antrag gar nicht verstehen. Wenn Sie gestern Abend dabei gewesen wären bei der Sitzung des Arbeitskreises, dann hätten Sie den mit Sicherheit auch gar nicht so gestellt.“ Dann haben die gesagt, sie können sich das vorstellen und sind bei der nächsten Sitzung dabei gewesen.

Die Arbeitsform ist so, dass wir ein Protokoll erstellen, ein gutes Protokoll, auch das eine Form des Druckes, irgend jemand erklärt sich dann bereit, das Protokoll zu führen, jeder oder jede die mitarbeiten und dann wird das Protokoll erstellt, auch für den Fall, dass man mal verhindert ist an einem dieser monatlichen Treffen, die wir haben, an dem wir unsere Arbeitsform umsetzen, - das sind keine Diskutierzirkel! Ich halte das für ganz wichtig. Das sind keine

Diskutierzirkel, sondern unsere konkrete Arbeit wird skelettiert, dort wird der Extrakt daraus gebildet, wie gehen wir hiermit um, wie gehen wir damit um. Wenn etwas nicht funktioniert, ich habe auch gestern wieder eine Anregung bekommen von einem Vater, der gesagt hat, ich bin da per Beschluss verdonnert worden von einer Richterin, in die Beratungsstelle zu gehen. Das ist mit Sicherheit Thema der nächsten Sitzung und das wird umgesetzt, da können Sie ganz sicher sein.

Es ist ja kein Paradies, was dort existiert, sondern das ist ja auch mit allen Mängeln und Fehlern behaftet. Der Sinn dieser Arbeitsform ist, dass es umgesetzt wird und dass aus den Fehlern und den Erfahrungen, die wir gemacht haben, wiederum eine neue Arbeit gefunden wird. Deshalb sage ich, das ist ein Prozess, ein ständiger Prozess. Deshalb mag ich diesen Begriff „Modell“ gar nicht. Das ist kein Modell, sondern das ist ein Prozess, der dort stattfindet, in dem so gearbeitet wird und in dem die Professionen gelernt haben, sich gegenseitig kennen zu lernen und zu respektieren.

Wir haben allerdings ein Ziel und das ist nicht disponibel, das ist das Ziel, das ich gestern sagte. Keinen Raum der Glückseligkeit zu schaffen, aber die Eltern wieder ins Gespräch zu bringen wegen der Kinder. Nur das eine, wegen allem anderen nicht. Die können sich über den Unterhalt zerfetzen und über die güterrechtliche Auseinandersetzung. Aber wegen der Kinder wieder ins Gespräch zu kommen, das ist unser Ziel, das ist nicht disponibel. Das zweite ist: Es gibt keine Alternative.

Übrigens ein ganz interessanter Aspekt ist: Haben wir das irgendwann erreicht, die Eltern wieder ins Gespräch zu bringen, löst sich häufig so eine Kettenreaktion auf, plötzlich reden die über den Unterhalt ganz anders. Wir stehen dann wie erstaunte Zuschauer da. Wenn dann die Mutter sagt, ich weiß, du kannst das nicht bringen im Augenblick, das weiß ich ja, aber dann gib mir doch statt der 241 Euro 150, damit bin ich schon zufrieden. Dann sagt er, ja gut, ich kann dir auch 180 ... und dann leben die damit. Das ist in keinem Rechtsraum mehr. Die haben sich dann arrangiert. Wenn wir eine streitige Entscheidung gemacht hätten, dann hätten wir den Vater verurteilt, 241 Euro zu zahlen und das wäre vollstreckt worden und es wäre nachgelaufen worden ... Und deswegen: Es kommen nicht nur die 180 Euro, sondern wenn die Kinder am Wochenende da sind, dann kauft er denen auch eine Jacke, dann macht er dies und dann macht er das und wenn mal ein Anruf kommt, sag mal, die machen eine Klassenfahrt nach Rom, kannst du nicht mit 50 Euro beisteuern ... Das ist der Prozess, der da wieder ins Laufen kommt. Das ist alles nicht rechtlich, das hat mit gesetzlichen Verpflichtungen, rechtlichen Situationen nichts zu tun. Aber das sind die Konsequenzen, die dann aus dieser Form entstehen, dass so eine Kettenreaktion ausgelöst wird.

Schließlich und endlich: Gearbeitet werden kann in dieser Form überall. Dass das vielleicht bei uns leichter geworden ist – Herr Proksch hat gestern Abend, als wir noch mal darüber gesprochen haben, gesagt: „In allen Geschichten ist es so, wenn sich zeitlich und örtlich zufällig ein bestimmter Personenkreis trifft, dann entsteht so etwas.“ – Das mag in Cochem so gewesen sein. Das hat aber nichts damit zu tun, dass das nur da möglich ist, sondern möglich ist es, wie die Form der Arbeitsweise zeigt, überall.

Jetzt geht es darum, das zu transportieren. Sie sind hierher gekommen, um von uns etwas zu erfahren. Aber wir bitten Sie, unterstützen Sie uns in unserer Arbeit. Das ist unsere Arbeit, das ist unser Leben. Das können Sie auch machen, indem Sie das weiter transportieren, indem Sie mit Ihren Anwälten, mit denen Sie zu tun haben, darüber sprechen, indem Sie, vielleicht so weit Sie die Möglichkeiten haben, mit den Politikern Kontakte aufzunehmen, darüber zu sprechen. Sie können auch etwas dazu tun. Ich möchte Ihnen eines sagen, das ist ein langfristiger Prozess. Viele von Ihnen, die mit ganz erheblichen Verletzungen und Schäden davongekommen sind, werden das vielleicht selber nicht mehr erleben, aber Sie werden den zukünftigen Kindergenerationen nutzen. Das klingt sehr hart, wenn ich das sage, mich interessieren die Eltern wirklich sehr wenig, aber mich interessieren die Kinder uneingeschränkt – und den Kindern gehören beide Eltern. (Applaus)

Jetzt schreibe ich Ihnen aber noch etwas ins Tagebuch. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, das ist auch eine Aufgabe der Eltern, daran mitzuwirken. Das sage ich den Eltern auch, wenn sie meinen, der Streit sei ihnen wichtiger, als die Entwicklung ihres Kindes, das neben dem Streit ja auch größer wird und sich weiter entwickelt und das immer miterlebt. Sie können auch Ihren Teil dazu beitragen, indem es vielleicht eine Zangenbewegung wird, indem Sie auch von der Basis der Elternschaft her dazu beitragen und in irgendeiner Form die politische Klasse mit einbeziehen. Das ist eine Sisyphusarbeit, das sage ich Ihnen. Viele haben gesagt, ihr habt im letzten Jahr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Ich kann das Wort nicht hören. Das war kein Jubiläum, sondern das war die Zusammenfassung eines zehnjährigen Erfahrungssatzes. Wir sagen so und so ist das gelaufen und wir können das in den Ergebnissen so weitergeben und sagen, macht das bitte auch so. Die ganzen Depressionen, die wir auch gehabt haben, die müsst ihr nicht durchmachen. Ihr müsst das Rad nicht neu erfinden, wir geben euch Hilfestellungen, macht das so und macht das so. Wenn es eine Zangenbewegung gibt und das auch von der Basis her kommt, wenn das von Ihnen her kommt und wir das so sagen, dann besteht die Möglichkeit, dass sich das umsetzt.

Wir sind sehr bescheiden auch in der Darstellung unserer Arbeit, weil wir gemerkt haben, es gibt auch Widerstände gegen unsere Arbeit. Sehr häufig, wenn ich gebeten werde, darüber zu berichten, dass mir dann gesagt wird, das kann gar nicht funktionieren. Dann sage ich, das stimmt, das kann gar nicht funktionieren, was uns so fertig macht ist, dass es funktioniert. Es kann nicht und es funktioniert. Wir können noch nicht nachweisen und noch nicht belegen, warum es so läuft. Eines Tages werden wir das auch selber wissen, warum es so ist. Es war ein Produkt unserer interprofessionellen Arbeit. Das gebe ich Ihnen mit auf die Reise: Das ist überall umsetzbar, - Großstädte, Ballungsgebiete, - überall in der darauf zugeschnittenen Form. Er muss nur gemacht werden und es muss gewollt werden. Damit will ich es jetzt abschließen. (Applaus)